# Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Verkehrswesen (27. Ausschuß)

über den Entwurf eines Gesetzes über das Inkrafttreten von Vorschriften des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande

- Nr. 2489 der Drucksachen -

Berichterstatter:
Abgeordneter Schulze-Pellengahr

### Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen, dem Gesetzentwurf in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung zuzustimmen.

Bonn, den 26. Oktober 1951

Der Ausschuß für Verkehrswesen

Rademacher Vorsitzender Schulze-Pellengahr Berichterstatter

## Zusammenstellung

des

# Entwurfs eines Gesetzes

über das Inkrafttreten von Vorschriften des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande

- Nr. 2489 der Drucksachen -

mit den

# Beschlüssen des Ausschusses für das Verkehrswesen (27. Ausschuß)

Entwurf der Bundesregierung

Beschlüsse des 27. Ausschusses

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§** 1

§ 2 Nr. 2 und § 4 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934 (R G B l. I S. 1217) werden in der nachstehend wiedergegebenen Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 6. Dezember 1937 (R G B l. I S. 1319) in Kraft gesetzt:

1. "§ 2

Einer Genehmigung bedarf, wer gewerbsmäßig Personen

 mit Landfahrzeugen linienmäßig befördern will (Unternehmer von Linienverkehr)

3....."

. "§ 4

Eine Beförderung gilt als linienmäßig, wenn planmäßig Fahrten zwischen bestimmten Punkten ausgeführt werden, die dem öffentlichen Verkehr dienen." Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**§** 1

§ 2 Nr. 2 und § 4 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 4. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1217) werden in der nachstehend wiedergegebenen Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 6. Dezember 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1319) in Kraft gesetzt:

1. "§ 2

Einer Genehmigung bedarf, wer gewerbsmäßig Personen

1. . . . . . . . . . . . .

2. mit Landfahrzeugen linienmäßig befördern will (Unternehmer von Linienverkehr),

2. "§ 4

Eine Beförderung gilt als linienmäßig, wenn planmäßig Fahrten zwischen bestimmten Punkten ausgeführt werden, die dem öffentlichen Verkehr dienen." Entwurf der Bundesregierung

Beschlüsse des 27. Ausschusses

#### S 2

§ 38 Absatz 1 u n d § 40 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26. März 1935 (R G B l. I S. 473) erhalten folgende Fassung:

#### 1. "§ 38

(1) Als Gelegenheitsverkehr gilt der Verkehr mit Droschken, Ausflugswagen oder Mietwagen."

#### 2. "§ 40

Mietwagen gelten nicht als Kraftdroschken im Sinne der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen an Kraftdroschkenunternehmer vom 17. Mai 1933 (Reichsministerialbl. S. 291)."

#### § 3

Die auf Grund des bisherigen Rechts über den 30. September 1951 hinaus erteilten Genehmigungen für den Gelegenheitsverkehr mit Überlandwagen erlöschen am 30. September 1951.

#### § 4

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Am gleichen Tage treten § 39 Absatz 3 und § 41 Absatz 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26. März 1935 (R G B l. I S. 473) außer Kraft.

#### § 2

§ 38 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26. März 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 473) erhält folgende Fassung:

#### "§ 38

(1) Als Gelegenheitsverkehr gilt der Verkehr mit Droschken, Ausflugswagen oder Mietwagen."

§ 40

entfällt

§ 3

entfällt

#### § 3 (neu)

Dieses Gesetz und auf Grund des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande erlassene Verordnungen gelten im Land Berlin, sobald es die Übernahme dieses Gesetzes gemäß Artikel 87 Absatz 2 seiner Verfassung beschließt.

#### § 4

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Am gleichen Tage treten § 3 Absatz 4, § 39 Absatz 3, § 40 und § 41 Absatz 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26. März 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 473) außer Kraft.